WESTDEUTSCHE REKTORENKONFERENZ

WESTDEUTSCHE REKTORENKONFERENZ
BAD GODESBERG
1973
4.4.73
As/Ar z. K.
Z

P r o t o k o l l

der

102. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz

vom 5./6.2.1973

in Bonn - Bad Godesberg

00

agen an das Präsidium

Keine.

Im Anschluß führt der Präsident zur Frage der Stimmberechtigung des kommissarischen Rektors der Universität Konstanz folgendes aus:

"Die Universität Konstanz wird auf dieser Plenarversammlung durch den Landesbeauftragten Herrn Diez vertreten. Nach dem Rücktritt des Rektors und Prorektors der Universität Konstanz hat die Landesregierung Herrn Diez unter anderem deshalb berufen, weil Herr Diez zu den Initiatoren der Konstanzer Gründung und zu den eifrigsten Verfechtern der Konstanzer Reformidee gehört. Herr Diez hat mich gebeten, im zu bestätigen, daß er im Plenum die Stimme Konstanz führen könne. Ich habe ihm mitgeteilt, ich hätte keinen Zweifel an seinem Stimmrecht. Dafür waren folgende Gründe maßgebend:

1. Nach dem Wortlaut der Ordnung der Westdeutschen Rektorenkonferenz kann Herr Diez die Stimme der Universität Konstanz führen. Nr. 5 c) der WRK-Ordnung sieht vor, daß das Stimmrecht im Plenum vom Rektor oder seinem Vertreter ausgeübt wird. In einer Fußnote zu Nr. 1 a) der Ordnung der WRK wird Rektor als "Inhaber des höchsten Amtes einer Hochschule, wie immer seine Amtsbezeichnung auch lauten mag" definiert.
2. Nach dem Rücktritt der hessischen Rektoren im Jahre 1970 beauftragte der hessische Kultusminister Staatskommissare mit der Leitung der Universitäten. Diesen Staatskommissaren hat das Plenum ein Stimmrecht zugestanden, allerdings mit der Einschränkung, daß die Frage des Stimmrechts von Staatskommissaren demnächst in der Ordnung der Westdeutschen Rektorenkonferenz zu regeln sei. Eine solche Regelung ist jedoch bisher noch nicht erfolgt. Der Gleichheitssatz gebietet daher, den Staatsbeauftragten in Konstanz ebenso zu behandeln, wie seinerzeit die Staatskommissare der hessischen Universitäten."

Nach kurzer Debatte, in der besonders auf die Tatsache hingewiesen wurde, daß die Universität Konstanz die Person des kommissarischen Rektors akzeptiert habe, daß aber die Frage in der Satzungskommission der WRK behandelt werden sollte, wird der Standpunkt des Präsidenten gebilligt.

0.

Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird um Ziff. X/19 (Einladung von 2 Vertretern der FRK zu den Plenarversammlungen der WRK auf Gegenseitigkeit) ergänzt; Ziff. IX/16 wird vertagt. Ziff. V/10 wird ergänzt um "Interimsaufträge an die Kommission für Prüfungs- und Studienordnungen". Die Tagesordnung wird wie folgt festgestellt:

00. Fragen an das Präsidium0. Feststellung der Tagesordnung1. Bericht des Präsidiums

I. WESTDEUTSCHE HOCHSCHULFRAGEN

2. Zum Studienjahr3. Zum Zulassungswesen

hier: Empfehlung zur Entwicklung der Situation des Hochschulzugangs bis 1976

4. Bundeswehrhochschulen

hier: a) Benennung eines Vertreters der WRK als "ständiger Gast" im (in den) Gründungsausschuß Hamburg (Gründungsausschüssen)

b) Kooperation in Nachwuchspflege und Forschung

II. INTERNATIONALE HOCHSCHULFRAGEN

6. Zur Einladung des Rektors der Universität Prag7. Zur Mitwirkung der Hochschulen bei der Anerkennung der Diplome in der EWG8. Einrichtung eines Verbindungsbüros der Hochschulen der EG-Mitgliedstaaten in Brüssel

V. PRÜFUNGS- UND STUDIENWESEN

10. Zum Instrumentarium für das Studien- und Prüfungswesen und zu Interimsaufträgen an die Kommission für Prüfungs- und Studienordnungen

VI. HOCHSCHULRECHT

12. Grundsatzklärung an den VII. Deutschen Bundestag13. Zur Neuordnung der Besoldung im Hochschulbereich

VIII. SCHULE UND HOCHSCHULE

15. Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe

X. INTERNA

17. Bestätigung von Mitgliedern der Ständigen Ausschüsse18. Wahl des Präsidenten19. Einladung von 2 Vertretern der FRK zu den Plenarversammlungen der WRK auf Gegenseitigkeit

1.

Bericht des PräsidiumsDer Präsident

1. teilt mit, daß über das Gespräch des Präsidiums mit Vertretern des Hochschulausschusses der KMK VP Professor Dr. Grottemeyer unter V/10 berichten werde. Er berichtet ferner:

Die KMK hat sich zur Errichtung einer Zentralen Informationsstelle für Hochschuldidaktik mit ca. 12-15 wissenschaftlichen Mitarbeitern entschlossen, der ein "beratendes Gremium" beigegeben werden soll. Damit ist entschieden, daß es zu einer eigenen Einrichtung der WRK nicht kommen wird. Das Präsidium schlägt deshalb vor,

den Ständigen Ausschuß für Hochschuldidaktik
(11 Mitglieder) als akademische Seite des "beratenden Gremiums" anzubieten.

Die Plenarversammlung billigt diesen Vorschlag.

Der Präsident berichtet weiter:

2. Zweites Gespräch mit dem Arbeitskreis Forschungspolitik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie am 25.1.1973 über die Mitwirkung der "Abnehmer" im (neuen) Instrumentarium für das Studien- und Prüfungswesen. (Kein Bestehen auf formalem Stimmrecht, wohl aber auf Permanenz, Öffentlichkeit und namentlich bezeichnete Verantwortung der Mitwirkung. Nächstes Gespräch BdI-Länderausschuß und Präsidium der WRK am 13.6.1973.
3. Gespräch mit dem Vorstand des VDS am 31.1.1973 (Fortsetzung der Gespräche vereinbart).
4. Fortgang Studienreformkongreß Lehrerausbildung (Antrag an BMW gestellt; Prof. Stenzel als WRK-Vertreter im Programmkomitee auf eigenem Vorschlag durch VP Prof. Kössler ersetzt).
5. Nominationen für den Wissenschaftsrat 1973-1976 (Proff. Heidhues/Göttingen, Mahrenholtz/TU Hannover, Wecker/Würzburg und Dozent Dr. Meyer/Bonn).
6. Fortgang der Arbeit in der Satzungskommission am 29.1.1973.
7. Betroffenheit der akademischen Organisationen durch das Verbot, ihren Mitarbeitern die gleichen Zulagen zu zahlen wie die Obersten Bundesbehörden.

2.

Zum Studienjahr

Die Plenarversammlung nahm den die bisherigen Beratungsergebnisse der Arbeitsgruppe zusammenfassenden Bericht von Herrn Fiebiger, der einer Tischvorlage folgte, entgegen. Die Arbeitsgruppe wurde beauftragt, ausgehend vom vorgelegten "Modellpapier" und unter Einschluß der Diskussion im Plenum - die in Abschrift allen Mitgliedern zugestellt werden soll - ein überarbeitetes Papier an die Mitgliedshochschulen der WRK für eine Beratung in den Gremien zu versenden sowie in einer Fragebogenaktion die Nutzung der vorlesungsfreien Zeit an den Hochschulen zu ermitteln. Die Ergebnisse der hochschulinternen Meinungsbildung zum "Studienjahr" und der Umfrage sollten der Arbeitsgruppe bis zum 1. Juni 1973 vorliegen, die daraufhin dem Plenum Bericht erstatten bzw. einen Beschlußentwurf vorlegen soll.

3.

Zum Zulassungswesen

hier: Empfehlung zur Entwicklung der Situation des Hochschulzugangs bis 1976

Herr Hinrichsen erläutert die Beschlußvorlage 146/1973. Die 101. Plenarversammlung hatte die n.c.-Kommission beauftragt, dem 102. Plenum Vorschläge zu unterbreiten, wie sich die Hochschulen auf die für das Wintersemester 1973/74 zu erwartende Situation im Hochschulzugang einstellen könnten. Außerdem sollte eine Auseinandersetzung mit den Planvorstellungen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung erfolgen. Die n.c.-Kommission sei bei der Erledigung dieses Auftrages davon ausgegangen, daß zeitgleich zu den Vorschlägen der n.c.-Kommission die Arbeitsgruppe "Effizienz" mit entsprechenden flankierenden Vorschlägen zum Themenkreis "Studienjahr" aufwarten würde. Dies sei leider nicht der Fall, so daß insoweit die Vorlage der n.c.-Kommission unvollständig sein müsse. Die n.c.-Kommission sei jedenfalls fest überzeugt gewesen, daß eine Aussage der WRK zu den Zugangsproblemen ohne eine gleichzeitige Stellungnahme zum Fragenkreis Studienjahr wenig glaubwürdig sei. In einer sehr eingehenden Diskussion einigte sich das Plenum auf die Auffassung, daß auch seitens der WRK alle mit dem Hochschulzugang zusammenhängenden Fragen neu durchdacht werden müßten. Hierbei käme es vor allem auf die Entwicklung neuer und zureichender Hochschulzugangskriterien an sowie auf eine Aussage der Hochschulen, welche Priorität der Entwicklung des Hochschulbereichs innerhalb der staatlichen Aufgaben insgesamt zukäme. Die von der n.c.-Kommission vorgelegte Empfehlung könne nur den Charakter einer ersten Stellungnahme haben. Die Zusammenfassung der Diskussion führt zu dem Antrag von Herrn Kreibich:

"Die Westdeutsche Rektorenkonferenz beauftragt die Kommission gegen den numerus clausus und die Arbeitsgruppe "Effizienz" in Ergänzung des Beschlusses Nr. 146/1973 (Vorlage der n.c.-Kommission), Vorschläge zur Weiterbehandlung der grundsätzlichen Problematik "Zugang zu den deutschen Hochschulen" zu erarbeiten. Dazu gehören unter anderem folgende Aufgaben:

1. Darstellung der grundsätzlichen Misere staatlicher Nichtplanung (politische Prioritätensetzung) in Auswirkung auf den Hochschulbereich.
2. Darstellung der Probleme gesellschaftlicher Bedarfsplanung für den Hochschulbereich im Kontext des Bildungsbereiches.
3. Erarbeitung von Kriterien zur Bestimmung von dynamischen oberen Ausbaugrenzen für den Hochschulbereich.
4. Entwicklung von Vorstellungen zum Erreichen einer herkunftsunabhängigen Chancengleichheit für den Hochschulzugang. "

Dieser Antrag wird mit einigen Gegenstimmen angenommen. Die Vorlage der n.c.-Kommission wird in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung mit einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen beschlossen.

ZUR ENTWICKLUNG DES HOCHSCHULZUGANGS IN DEN JAHREN 1973 - 1976

Stellungnahme der 102. Westdeutschen Rektorenkonferenz
Bonn-Bad Godesberg, 6. Februar 1973

Die 102. Plenarversammlung hat sich auf der Grundlage eines Berichts ihrer Kommission gegen den numerus clausus mit der Entwicklung Hochschulzugangsprobleme bis 1976 befaßt.

Die Situation ist durch bereits beschlossene oder drohende Zulassungsbeschränkungen für einzelne Hochschulen im ganzen oder in größeren Teilbereichen gekennzeichnet. Die Plenarversammlung war der Auffassung, daß die grundsätzlichen Probleme des Hochschulzugangs neu durchdacht werden müssen. Dies gilt besonders für die Entwicklung ausreichender Hochschulzugangskriterien und für die Frage, welche politische Priorität dem Hochschulbereich zukommen soll. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz wird sich - nach Vorbereitung durch die numerus-clausus-Kommission und die Arbeitsgruppe "Effizienz" - erneut zu diesen und anderen Grundsatzfragen des Hochschulzugangs äußern. Die nachfolgende EntschlieÙung hat daher den Charakter einer ersten aber aus der Sicht der WRK notwendigen Empfehlung zur Regelung des Hochschulzugangs für die nächsten Jahre.

I.

In dem Abschnitt über die Erweiterung der Kapazität im Hochschulbereich in den "Vorschlägen für die Durchführung vordringlicher Maßnahmen" weist die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung aus, daß

- im zweiten Rahmenplan für den Hochschulbau für 1971 einer Gesamtzahl von 587.400 Studenten 445.560 Studienplätze gegenüberstanden und die durch Baumaßnahmen für 1976 zu schaffenden Studienplätze max. 699.000 betragen, die Länder für 1976 rd. 745.000 Studenten erwarten;

- bei einer Zulassung sämtlicher Studienbewerber (bei Realisierung der im 2. Rahmenplan aufgenommenen Bauvorhaben) für 1976 mit einer durchschnittlichen Überbelegung von 11,2 bzw. 6,6 % zu rechnen ist, wodurch die 1971 gegebene Überbelegung von rd. 32 % reduziert aber nicht beseitigt würde.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß in dieser Vorausschau in Planung befindliche Studienplätze als 1976 vorhanden und nutzbar angenommen geplante Kurzstudiengänge als bereits existent eingesetzt und die voraussichtliche Studentenzahl nach den erwarteten Abiturientenzahlen geschätzt wurden. Zurzeit ist unbestimmt, wie sich der Zustrom von Fachhochschulabsolventen zu den wissenschaftlichen Hochschulen quantitativ entwickeln wird.

Es muß daher erwartet werden, daß der Zustrom an Studienbewerbern zu den wissenschaftlichen Hochschulen deren Kapazität weiterhin erheblich übersteigen wird.

Deutliche Signale für diese Entwicklung sind der Erlaß von totalen Zulassungsbeschränkungen für einzelne Hochschulen. Der Erlaß derartiger Zulassungsbeschränkungen für alle Studiengänge einer Hochschule beruht im einzelnen auf durchaus verschiedenen Gründen.

Solche Gründe sind

- deutliches Mißverhältnis zwischen regionaler Nachfrage und regionalem Angebot ("unterversorgte" Regionen)
- deutliches Mißverhältnis zwischen Größe der Hochschule und Leistungsfähigkeit der betroffenen Gebietskörperschaften (infrastrukturelle Gründe)
- besondere Attraktivität einzelner Hochschulen
- das Ausbleiben wirksamer Entlastungseffekte durch Neugründungen von Hochschulen.

Wenn es nicht gelingt, Instrumentarien zur Steuerung der sich abzeichnenden Entwicklung zu schaffen und einzusetzen, muß mit erheblichen Auswirkungen für den einzelnen Studienbewerber und das Hochschulwesen insgesamt gerechnet werden. Die WRK befürchtet, daß, schon um sich vor unvorhersehbaren Konsequenzen zu schützen, auch solche Hochschulen zum Erlaß von totalen Zulassungsbeschränkungen

übergehen, die auf Grund ihrer lokalen Bedingungen allein hierzu nicht gezwungen wären. Die Folgen träfen zunächst den einzelnen Studienbewerber, insbesondere würde seine Freizügigkeit auf ein unerträgliches Maß reduziert. Außerdem müßte er sich auch in solchen Fächern an einer Vielzahl von Hochschulen bewerben, in denen ein Mangel an Studienplätzen nicht besteht. Für die Hochschulen würde jener durch Mehrfachbewerbungen bedingte Zustand einer Übernachfrage allgemein eintreten, der in einzelnen Fächern vor der Einführung zentraler Verfahren zur Zuteilung und Verteilung von Studienplätzen gegeben war. Das Problem der gerechten Verteilung der Studienplätze konnte in diesen Fächern seit 1967 durch die Verfahren der ZRS schon deshalb nur mit erheblichen Schwierigkeiten bewältigt werden, weil es an rechtlichen Grundlagen für die Verteilung von Studienplätzen fehlte und die Anforderungen an die Zentralstelle rascher gestiegen sind, als deren funktionsgerechte Ausstattung realisiert wurde.

Folgende Maßnahmen sind vordringlich:

- Investitionen zur Erweiterung der Kapazitäten

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz erkennt ausdrücklich an, daß Bund und Länder erhebliche Anstrengungen unternehmen, um durch Gründung und Bau neuer und den Ausbau bestehender Einrichtungen das Angebot an Studienplätzen zu erweitern. Trotzdem bleibt eine erhebliche Steigerung des Studienplatzangebots entscheidende Voraussetzung für die Minderung der bestehenden und weiter steigenden Überfüllung der Hochschulen. Hinsichtlich weiterer Investitionen geht es allerdings nicht nur um eine quantitative Erhöhung der Mittel. Vielmehr ist

- die Konzentration von Neu- und Ausbauinvestitionen

notwendig. Wenn durch die Neugründung von Hochschulen überhaupt Entlastungseffekte eintreten, geschieht dies meist erst mit erheblichen Verzögerungen. Hinzu kommt, daß Neugründungen in bisher "unterversorgten" Regionen eher nachfrageweckend wirken, als entlastend für bestehende Hochschulen. Wenn es nicht gelingt die Kapazitätserweiterung fördernde Investitionen an bereits neugegründeten Hochschulen zu steigern und das Verfahren bei weiteren Neugründungen zu beschleunigen, wird sich bis zum Zeitraum 1976 die Diskrepanz zwischen Studienplatznachfrage und Studienplatzangebot verschärfen.

- Differenzierung der Planung nach regionalen und fachspezifischen Erfordernissen

Die weitere Planung des Ausbaus darf nicht allein von einer Globalzahl von Studienplätzen ausgehen. Die zentrale Bildungsplanung muß über die Erarbeitung eines mittelfristigen Gesamtplans zu differenzierter Planung nach fachspezifischen und regionalen Erfordernissen fortschreiten. Hierzu bedarf es auch einer verstärkten Kooperation aller Beteiligten in einer Region, ggfs. über bestehende Landesgrenzen hinweg. Schon bestehende Einrichtungen der Regionalplanung werden intensiver einzusetzen, neue Verwaltungsinstrumente und -verfahren zu entwickeln sein.

- Bessere Ausnutzung vorhandener Kapazitäten

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat wiederholt die Verpflichtung der Hochschulen zu einer optimalen Ausnutzung ihrer Kapazitäten betont. Sie hat zu diesem Zweck Vorschläge für ein einheitliches Kapazitätsfeststellungsverfahren unterbreitet und einen Datenkriterienkatalog der Kapazitätsermittlung entwickelt.

Die Beschlüsse der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung zum Studienjahr gehen ebenso wie die Regierungserklärung der Bundesregierung vom 18.1.1973 ersichtlich von der Annahme aus, daß durch die Einführung des Studienjahres sofort ein spürbarer Entlastungseffekt herbeigeführt werden kann. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat eine Arbeitsgruppe gebildet mit dem Auftrag, die Richtigkeit dieser Annahme zu überprüfen. Schon jetzt aber muß deutlich festgestellt werden, daß die Einführung eines Studienjahres ohne zusätzliche Investitionen im Personal- und Sachmittelbereich der Hochschulen aber auch vor allem in der Ausbildungsförderung nicht verantwortet werden kann.

II.

Selbst wenn es gelingen sollte, alle vorgenannten Maßnahmen durchzuführen, muß befürchtet werden, daß mit diesen Maßnahmen allein der numerus clausus bis 1976 nicht beseitigt und auch nicht einmal beherrscht werden kann.

Wie die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung in ihrem Zwischenbericht und die Bundesregierung in ihrem numerus-clausus-Bericht für den VI. Deutschen Bundestag schlägt auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz vor, in allen Fächern die Studienplätze zentral zu verteilen. Sie fordert, sofort mit allen Vorbereitungen zu beginnen, damit erstmals zum Wintersemester 1974/75 alle Studienplätze in allen Studiengängen für alle Hochschulen zentral verteilt werden können.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz legt Wert darauf, daß diese Empfehlung nicht als Bejahung des numerus clausus als Normalzustand mißverstanden wird. Sie sieht ihre Empfehlung als Konsequenz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 18.7.1972 und damit auch als Weiterentwicklung ihrer eigenen Position in dieser Frage. Wie das Bundesverfassungsgericht ging und geht auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz davon aus, daß grundsätzlich jeder Hochschulzugangsberechtigte eine echte Zulassungschance in dem von ihm gewählten Studienfach haben muß. Ein zentrales Verteilungsverfahren ist auch deshalb notwendig, weil nur so die für eine sinnvolle Ausbauplanung relevanten Daten gewonnen werden können.

Die rechtlichen Voraussetzungen eines Zentralen Verteilungsverfahrens müssen durch ein Bundesgesetz geschaffen werden. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz erinnert in diesem Zusammenhang an ihren Entwurf eines Bundeshochschulzugangsgesetzes vom 25.8.1972, in dem auch ihre Vorstellungen von der Struktur und Organisation einer neuen Zentralstelle für Studienplatznachweis enthalten sind. Nach den gegenwärtigen Kompetenzen und ihrer derzeitigen Ausstattung ist die Zentrale Registrierstelle für Studienbewerber (ZRS) der Westdeutschen Rektorenkonferenz nicht in der Lage, diese generelle Verteilungsaufgabe sofort zu übernehmen. Auch die im Aufbau befindliche Zentrale

Verteilungsstelle für Studienplätze (ZVS), die die Länder im Staatsvertrag vorgesehen haben, ist zur Übernahme einer so weitreichenden Aufgabe jedenfalls für die kommenden zwei Jahre kaum in der Lage. Das war der Grund des Beschlusses der 101. Plenarversammlung im Interesse der Studienbewerber die Verantwortung für das zentrale Verteilungsverfahren bis zur Arbeitsfähigkeit der ZVS weiterzutragen.

Die ZRS muß daher sofort funktionell und etatmäßig so ausgestattet werden - einschließlich der Übertragung der entsprechenden Kompetenzen -, daß sie bis zur Arbeitsfähigkeit einer neuen Zentralstelle das zentrale Verteilungsverfahren weiterdurchführen kann. Hierbei ist die sofortige Anwendung bundeseinheitlicher Auswahlkriterien von entscheidender Bedeutung. Dies gilt vor allem für eine verfahrensrechtliche Sicherung des Vorrangs des an erster Stelle genannten Studienfachwunsches (Vorrang der 1. Fachpräferenz).

Ein solcher Vorgriff steht nicht im Widerspruch zur Aufgabe der Länder, künftig die zentrale Verteilung von Studienplätzen durch eine Gemeinschaftseinrichtung durchzuführen. Vielmehr läßt sich der im Interesse der Studienbewerber notwendige nahtlose und rechtlich einwandfreie Übergang von der ZRS auf die zukünftige Zentralstelle nur so realisieren. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz muß in diesem Zusammenhang allerdings noch einmal darauf hinweisen, daß nach ihrer Auffassung eine zukünftige Zentralstelle für Studienplatznachweis zwar eine Gemeinschaftseinrichtung der Länder sein soll, daß aber in den Organen und in der Verwaltung dieser Stelle Bund, Länder und Hochschulen vertreten sein und partnerschaftlich zusammenarbeiten müssen. Auch in soweit sieht sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz in Übereinstimmung mit entsprechenden Aussagen des Bundesverfassungsgerichts in seiner Entscheidung vom 18. Juli 1972.

Die Einführung eines zentralen Verfahrens für alle Fächer vom Wintersemester 1974/75 ab verlangt auch von den Hochschulen erhebliche Anstrengungen. Alle Mitgliedshochschulen der Westdeutschen Rektorenkonferenz werden aufgefordert, ihre Kapazitätsfeststellungsverfahren auf alle Studiengänge auszudehnen und bis 1976 vor auszuplanen. Dabei sind die auf die einzelnen Studiengänge entfallenden Anteile der Gesamtkapazität festzulegen.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz verbindet mit dieser Empfehlung die Erwartung, daß es nunmehr zu der Beteiligung der Hochschulen und der Westdeutschen Rektorenkonferenz an der Lösung der Hochschulzugangsprobleme kommt, die ihrer Zuständigkeit und Verantwortung entspricht. Die Schwere der zu lösenden Aufgabe verlangt Kooperation aller Verantwortlichen in Bund, Ländern und Hochschulen, die wegen der Dringlichkeit des Problems keinen Aufschub duldet. Die 102. Plenarversammlung beauftragt das Präsidium, die zur Realisierung dieser Empfehlung erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

4.

Bundeswehrhochschulen

Die Plenarversammlung nimmt das Schreiben des Vorsitzenden des Gründungsausschusses der Hochschule der Bundeswehr Hamburg zur Kenntnis und erörtert ausführlich den Vorschlag eines Beauftragten der WRK als "ständiger Gast" für die Sitzungen der Gründungsausschüsse der Hochschulen der Bundeswehr in Hamburg und München.

In der Diskussion wird auf die Stellungnahme der WRK vom 25.1.1972 (94. WRK) und 4.7.1972 (98. WRK) zur wissenschaftlichen Ausbildung der zukünftigen Offiziere in den allgemeinen Hochschulen ausdrücklich hingewiesen.

Insoweit sieht sich die WRK nicht veranlaßt, von ihrer grundsätzlichen Einstellung der wissenschaftlichen Ausbildung der Offiziere der Bundeswehr abzurücken. Sie nimmt die Einsetzung der Gründungsausschüsse für die Hochschulen der Bundeswehr in Hamburg und München zur Kenntnis sowie den Vorschlag von Herrn Professor Dr. Thomas Ellwein als Vorsitzenden des Gründungsausschusses der Hochschule der Bundeswehr Hamburg, einen Beauftragten der WRK als ständigen Gast für den Gründungsausschuß in Hamburg zu benennen.

Die 102. Plenarversammlung stimmt - mit großer Mehrheit bei 7 Enthaltungen und 5 Gegenstimmen - dem Vorschlag des Präsidiums zu,

Herrn Vizepräsidenten Prof. Dr. Hans Faillard/Bochum

für beide Gründungsausschüsse als ständigen Vertreter der WRK zu benennen.

Die Plenarversammlung beauftragt Herrn Faillard, die von Herrn Professor Ellwein in seinem Schreiben vom 20.10.1972 (WRK-Drucksache 147/1973) angeschnittenen Kooperationsfragen zunächst mit den Rektoren/Präsidenten der Universitäten in Hamburg und München sowie der TU in München und Hannover zu beraten und sich daraus ergebende Anregungen und Empfehlungen in die Beratungen der Gründungsausschüsse der Hochschulen der Bundeswehr einzubringen.

6.

Zur Einladung des Rektors der Universität Prag

Die Plenarversammlung

- beauftragt den Präsidenten, den Entwurf einer Antwort stilistisch zu überarbeiten;
- ermächtigt mehrheitlich:0:5 den Präsidenten zum Versand des Briefes *).

---

*) Anmerkung des Generalsekretariats: Der Brief wurde in der diesem TOP des Protokolls beiliegenden Form abgesandt.

WESTDEUTSCHE REKTORENKONFERENZ

— Der Präsident —

Herrn
Professor MUDr. Bedřich ŠVESTKA
Rektor der Karls-Universität Prag
P r a h a / Č S S R

53 BONN-BAD GODESBERG 1, 26.2.1973

Reg. Nr. B IIc/20/3962

Bei Antwort bitte angeben

Bezug: Ihr Schreiben vom 25.9.1972

Herr Rektor, sehr geehrter Herr Kollege,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 25.9.1972. Bitte sehen Sie mir nach, daß ich erst heute zu Ihrem Vorschlag Stellung nehme. Ich wollte die Entwicklungen im supranationalen hochschulpolitischen und politischen Bereich abwarten, um Ihnen dann eine auch mit meinen Kollegen in der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) abgestimmte Meinungsäußerung zukommen lassen zu können.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz und ihre Mitgliedshochschulen tun im Bewußtsein ihrer Mitverantwortung für die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit alles, was der friedlichen und gerechten Entwicklung der Völker in Europa dienlich ist. Sie tun dies im Rahmen ihrer Aufgabe, die Wissenschaften in Lehre und Forschung zu pflegen und zu fördern. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist umso leichter, je besser die internationale Politik die Wege der Verständigung ebnet. Insofern weiß ich mich mit Ihnen darin einig, daß die veränderte Situation in Europa, die unter anderem durch die Verträge entstanden ist, die die Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR und mit der Volksrepublik Polen abgeschlossen hat, auch die Hochschulen wesentlich interessieren muß. Im Unterschied zu Ihnen glaube ich jedoch nicht, daß es in Ihrem und in unserem Sinne wäre, wenn die von Ihnen geplante Konferenz allgemeine Grundsätze zum Frieden und zur friedlichen Zusammenarbeit erörtert, die alle Rektoren aus Ost und West mit

ihrer Unterschrift gutheißen könnten. Vielmehr läge es im Interesse der Rektoren, einen Meinungsaustausch über die praktischen und konkreten Fragen zu pflegen, welche die Hochschulen, die Förderung der Wissenschaften in Forschung und Lehre und die Pflege des internationalen Austausches betreffen.

Ihrem Schreiben ist indessen zu entnehmen, daß die von Ihnen geplante Konferenz neben universitätspolitischen auch allgemein politische Probleme behandeln soll. Sie müßte nach allem, was Sie darlegen, auch Gegenstände berühren, mit denen die Europäische Sicherheitskonferenz befaßt sein wird. Es läge nach meiner Ansicht nicht im Interesse der Universitäten, wenn sie versuchten, die Europäische Sicherheitskonferenz zu präjudizieren oder zu beeinflussen. Selbstverständlich würden wir es sehr begrüßen, wenn die Europäische Sicherheitskonferenz zu Ergebnissen führt, die dem internationalen wissenschaftlichen Austausch dienlich und förderlich wären. Falls die Europäische Sicherheitskonferenz zu Ergebnissen gelangt, die eine Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit ermutigen, erschiene es mir zweckmäßig, gemeinsam zu prüfen, welche Mittel und Wege den Universitäten offen stehen, ihre Zusammenarbeit effizienter zu gestalten.

Außerdem bitte ich zu bedenken, daß die Mitgliedshochschulen der Westdeutschen Rektorenkonferenz, aber auch viele andere Universitäten aus Ost und West Mitglieder der Europäischen Rektorenkonferenz sind. Die Europäische Rektorenkonferenz bietet nach meiner Auffassung eine geeignete Plattform für die Erörterung aller universitärer Probleme. Daher hoffe ich auf Ihr Verständnis, wenn ich frage, ob es nicht zweckdienlich wäre, die von Ihnen geplante Konferenz unter Beteiligung möglichst vieler Rektoren aus Ost und West im Einvernehmen mit

der Europäischen Rektorenkonferenz oder im Rahmen der Europäischen Rektorenkonferenz vorbereiten und stattfinden zu lassen.

Von diesen Bedenken ausgehend nehme ich vorerst davon Abstand, seitens des Präsidiums der Westdeutschen Rektorenkonferenz den Rektoren der Mitgliedshochschulen zu empfehlen, an der von Ihnen geplanten Konferenz teilzunehmen.

Mit den besten Empfehlungen und
freundlichen Grüßen Ihr

Roellecke
(Roellecke)

7.

Zur Mitwirkung der Hochschulen bei der Anerkennung der
Diplome in der EWG

Der Beauftragte der WRK in der Arbeitsgruppe der Kommission der Europäischen Gemeinschaften "Gegenseitige Anerkennung der Diplome", Professor Rüegg, berichtete detailliert über den Stand der Beratungen, über den Zwischenbericht der Kommission (XIV/122/72-D) und über die Stellungnahmen der neuen Mitgliedsländer Großbritannien, Dänemark und Irland. Professor Rüegg erläuterte sodann die Beschlußvorlage und wies besonders darauf hin, daß die in Ziff. 3 des Beschlusses vorgeschlagene Regelung in begründeten Ausnahmefällen zu einer qualitativen Überprüfung der von den Mitgliedshochschulen durchgeführten Abschlußprüfungsverfahren durch eine supranationale Instanz führen könnte.

Die Plenarversammlung faßte den in Anlage beigefügten Beschluß mit 43 Stimmen ohne Gegenstimmen bei 2 Enthaltungen.

8.

Einrichtung eines Verbindungsbüros der Hochschulen der EG-Mitglieds-
staaten in Brüssel

Nach einem Bericht des Beauftragten der WRK in der Expertengruppe, Professor Rüegg, beschließt die Plenarversammlung (ohne Gegenstimme bei 8 Enthaltungen), der im Schreiben von Herrn Rektor Gerlo vom 9.1.1973 (Drucksache Nr. 150/1973) vorgeschlagenen Umwandlung der "Expertengruppe der Universitäten der Europäischen Gemeinschaften" in ein "Verbindungskomitee der Rektorenkonferenz der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften" mit einer Kontaktstelle in Brüssel zuzustimmen.

Mit der gegenseitigen Anerkennung der Diplome in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften (EG) hat sich die WRK bereits auch in mehreren Plenarversammlungen befaßt.

Aus Anlaß der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften auf neun Mitgliedsstaaten und der Vorbereitung der 2. Sitzung der Bildungsminister bekräftigte die Plenarversammlung - nach Entgegennahme eines Berichtes über den Stand der Arbeiten - erneut ihre Auffassung, daß die gegenseitige Anerkennung der Diplome im Rahmen der Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit gemäß Art. 52 ff. des EWG-Vertrages nicht durch eine Koordination der Ausbildungsgänge in den Hochschulen der Mitgliedsstaaten nach Inhalt und Dauer geregelt werden darf.

Die gegenseitige Anerkennung der Diplome soll vielmehr auf der Grundlage der Anerkennung durch die zuständigen Instanzen des Staates, in dessen Hoheitsgebiet das Diplom erteilt wurde, erfolgen. Bei dem zuständigen Organ der EG soll dementsprechend eine Liste der erteilten berufsqualifizierenden Abschlüsse geführt und damit die gegenseitige Anerkennung gesichert werden.

Eine Festschreibung durch supranationale Richtlinien würde die Anpassung der nationalen Studien- und Qualifikationssysteme an die jeweilige wissenschaftliche und berufliche Entwicklung behindern, die im Interesse eines optimalen Leistungsstandards der Hochschulabsolventen erforderlich ist.

Die WRK befürwortet daher in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz eine Lösung der Anerkennungsfrage, die den unterschiedlichen Bildungssystemen der Mitgliedsstaaten gerecht wird, nationale Reformen nicht behindert und die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit für alle Angehörigen selbständiger akademischer Berufe beschleunigt.

Mit dem sogenannten "Listenprinzip" hat die deutsche Delegation bei den Verhandlungen in Brüssel einen konkreten Vorschlag unterbreitet, der diesen Anforderungen gerecht wird und der zugleich ein geregeltes Verfahren vorsieht, bei begründeten Zweifeln an der Gleichwertigkeit eines Diploms unter maßgeblichem Einfluß der Ausbildungsstätten eine qualitative Überprüfung zu ermöglichen.

10.

Zum Instrumentarium für die Reform des Studien- und
Prüfungswesens
und
Interimsaufträge an die Kommission für Prüfungs- und
Studienordnungen

Vizepräsident Prof. Dr. Grottemeyer berichtet:

a) Zum Instrumentarium

Die 156. KMK hat die Forderung der BLK nach Entwicklung eines Instrumentariums aufgegriffen und den Hochschulausschuß beauftragt, bis zum 31.3.1973 ein Instrumentarium zu entwickeln. Der Hochschulausschuß hat einen Unterausschuß eingesetzt, dessen Arbeiten jedoch noch nicht abgeschlossen sind. Eine verbindliche Diskussion des Instrumentariums war deshalb nicht möglich. Es ist auch noch offen, ob das Instrumentarium durch Staatsvertrag oder durch Verwaltungsabkommen errichtet wird. Fest steht nur, daß die Entscheidungen des Instrumentariums in allen Ländern rechtsverbindlich und einheitlich gelten sollen. Der Entwurf des Hochschulausschusses kann erst bis zum 16.2.1973 bei der WRK eingehen. Da der Hochschulausschuß seine Vorschläge bis zum 31.3.1973 vorlegen soll, sollte eine Stellungnahme der WRK bis zu diesem Zeitpunkt vorliegen. Die nächste Plenarversammlung der WRK findet jedoch erst im April statt. Das Präsidium bittet deshalb darum, daß der Länderausschuß eine Stellungnahme der WRK abgeben kann. Der Länderausschuß soll am 21.2.1973 zusammentreten.

b) Interimsaufträge

Wann das neue Instrumentarium arbeiten wird, ist noch offen. Solange es noch nicht errichtet ist, muß die gemeinsame Kommission WRK-KMK-Kommission für Prüfungs- und Studienordnungen weiterarbeiten. Dazu hat das 97. Plenum der WRK im Mai 1972 einen Interimsvorschlag vorgelegt, der sich insbesondere auf die Erweiterung der Aufgaben der gemeinsamen Kommission, auf die Zuziehung weiterer Sachverständiger und auf Experimente im Prüfungs- und Studienwesen bezog. Die KMK hat diesen Vorschlägen jetzt bis auf Änderungen in den Formulierungen zugestimmt. Eine Unklarheit ergab sich nur im Hinblick auf die Rolle der Fakultätentage. Die WRK hatte vorgeschlagen, daß sie die Fakultätentage informiert, die KMK möchte, daß die gemeinsame Kommission die Fakultätentage informiert. Da die WRK ständig in das Verfahren eingeschaltet bleibt und jederzeit auf die Fakultätentage zurückgreifen kann, ist dieser Punkt nicht wesentlich. Das Präsidium beabsichtigt daher, der Regelung der KMK namens der WRK zuzustimmen.

Die Plenarversammlung

- ad a) ermächtigt den Länderausschuß zur Stellungnahme;
- ad b) billigt die Absicht des Präsidiums.

12.

Grundsatzerklärung an den VII. Deutschen Bundestag

Der Präsident erläutert den Beschlußentwurf des Präsidiums vom 16.1.1973 (Drucksache 152/1973). In einer kurzen Diskussion merken vor allem Herr von der Vring und Herr Wittkowsky an, daß bei der Neufassung des Hochschulrahmengesetzes seitens der WRK großer Nachdruck darauf gelegt werden müsse, daß auch die Fragen der zentralen Repräsentanz der Hochschulen und ihrer Mitwirkung auf der zentralen Planungsebene in einem zufriedenstellenden Sinne geregelt werden müsse. Der Präsident erwidert, daß es beabsichtigt sei, in den zu erwartenden konkreten Gesprächen mit den Bundestagsfraktionen und der Bundesregierung diesen Punkt gezielt anzusprechen. Das Plenum beschließt anschließend bei einigen Gegenstimmen die Vorlage in der vorliegenden Fassung (Wortlaut Anlage).

13.

Zur Neuordnung der Besoldung im Hochschulbereich

Herr Faillard berichtet im Plenum über den Stand des von den Ländern über den Bundesrat eingeleiteten Gesetzgebungsverfahrens. Das Präsidium der WRK habe gemeinsam mit der Bundesassistentenkonferenz, der Bundeskonferenz der Nichtordinarien und dem Hochschulverband die jeweiligen Entwicklungen beraten. Es sei allgemein erwartet worden, daß der Bundesrat auf seiner Sitzung am 2. Februar 1973 die eingebrachte Novelle im ersten Durchgang passieren lassen würde. Dazu sei es jedoch nicht gekommen; vielmehr habe der Bundesrat die Sache an die zuständigen Ausschüsse des Bundesrates zurückgegeben. Damit werde auch für die WRK Zeit gewonnen. Das weitere Verfahren stelle sich aus der Sicht des Präsidiums wie folgt dar: Das Präsidium werde den Entwurf einer Stellungnahme zunächst erneut mit den Vertretern der obengenannten Institutionen beraten, um diesen Entwurf dann dem nächsten Plenum zur endgültigen Stellungnahme vorzulegen. Dabei sei beabsichtigt, daß die WRK sich auf die grundsätzlichen strukturellen Überlegungen beschränke, während die mehr "standespolitischen" Aspekte den anderen Institutionen überlassen bleiben sollten. Das Plenum ist mit diesem Verfahren einverstanden.

VORDRINGLICHE MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET
DER HOCHSCHULGESETZGEBUNG DES VII. DEUTSCHEN BUNDESTAGES
AUS DER SICHT DER WESTDEUTSCHEN REKTORENKONFERENZ

Stellungnahme der 102. Westdeutschen Rektorenkonferenz
Bonn-Bad Godesberg, den 5. Februar 1973

Wichtige hochschulgesetzgeberische Vorhaben des Bundes sind durch die vorzeitige Auflösung des VI. Deutschen Bundestages erfolglos geblieben. Nach der Konstituierung des VII. Deutschen Bundestages am 13.12.1972 geht die Westdeutsche Rektorenkonferenz davon aus, daß der VII. Deutsche Bundestag diese Vorhaben entschieden wieder aufgreift.

Aus der Sicht der in der Westdeutschen Rektorenkonferenz zusammengeschlossenen Hochschulen der Bundesrepublik einschließlich Westberlins sind in der Legislaturperiode des VII. Deutschen Bundestages folgende gesetzgeberische Maßnahmen vordringlich, aber auch realisierbar:

Hochschulrahmengesetz

Auf der Grundlage eines Entwurfs der Bundesregierung für ein Hochschulrahmengesetz, eines Alternativentwurfs der Bundestagsfraktion der CDU/CSU sowie intensiver Beratungen des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft lag dem VI. Deutschen Bundestag ein nach Ansicht der Westdeutschen Rektorenkonferenz zum damaligen Zeitpunkt verabschiedungsreifer Gesetzentwurf vor. Der Entwurf in der Fassung des Schriftlichen Berichts vom 15.6.1972 erfüllte keineswegs alle Wünsche der Hochschulen und der Gruppen.

ihrer Angehörigen. Gleichwohl hätte auf seiner Grundlage an der notwendigen Reform des Hochschulwesens mit Erfolg weiter gearbeitet werden können. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hatte die Nichtverabschiedung des Hochschulrahmengesetzes vor allem deshalb bedauert, weil sie die Gefahr sah, daß ein weiterer Aufschub dieses Gesetzes eine erhebliche Beeinträchtigung der relativen Einheitlichkeit des deutschen Hochschulwesens mit sich bringen könnte. Die weitere Entwicklung hat leider gezeigt, daß diese Sorge nicht grundlos war. In den wichtigen Bereichen der Studienreform und der Lehrkörperstruktur ist die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Bundesländern weiterschritten. Dabei wirkt sich vor allem das Auseinanderfallen von Reform der Lehrkörperstruktur und der der Besoldungsstruktur verhängnisvoll aus. Die Situation wird auch noch dadurch erschwert, daß die Länder ihr isoliertes Vorgehen nicht völlig zu Unrecht mit der Dringlichkeit von Entscheidungen in diesen Bereichen motivieren können. Auch die letztlich niemanden befriedigende Herstellung der Bundeseinheitlichkeit des Zulassungswesens durch einen Staatsvertrag der Länder ist durch die Untätigkeit des Bundes zumindest mit verursacht.

Bei dieser Ausgangslage erscheint rasches Handeln geboten. Die Bundesregierung sollte dem Bundestag noch in diesem Jahr einen neuen Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes zuleiten. Dieser Entwurf müßte weitgehend die Prinzipien aufnehmen, auf die man sich während der Beratungen im VI. Deutschen Bundestag bereits geeinigt hatte. Zusätzlich sind besonders die Konsequenzen zweier Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu berücksichtigen. Dies gilt

für das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Zulässigkeit des numerus clausus vom 18.7.1972, aber auch für die Grundsatzentscheidung in der Mitbestimmungsfrage, die für den 27.2.1973 zu erwarten ist. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz wird auf derselben Grundlage ihre eigenen Vorstellungen weiterentwickeln und sie den zuständigen Organen und Gremien des Bundes zuleiten.

Graduiertenförderungsgesetz

Das Graduiertenförderungsgesetz des Bundes ist seit fast zwei Jahren in Kraft. Die ersten Erfahrungen der Hochschulen mit der Durchführung dieses Gesetzes sind insgesamt positiv. Wo Schwierigkeiten aufgetreten sind, beruhen sie in der Regel auf Gründen, die mit einer Novellierung des Gesetzes selbst nicht zu beheben sind. Das gilt wegen der Mischfinanzierung durch Bund und Länder vor allem für die Bereitstellung der Mittel. Besondere Schwierigkeiten entstehen auch wegen ungelöster Probleme bei der Neuordnung der Lehrkörperstruktur. Als gravierend erweist sich weiter der Ausschluß ausländischer Angehöriger deutscher Hochschulen von der Graduiertenförderung. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hält es für notwendig, daß jedenfalls ausländische Studenten, die einen deutschen Hochschulabschluß erworben haben, grundsätzlich in einen Kreis von Förderungsberechtigten einbezogen werden, sei es durch Novellierung des Graduiertenförderungsgesetzes, sei es durch andere Maßnahmen des Bundes und der Länder.

Bundesausbildungsförderungsgesetz

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat in allen Phasen der Beratungen des vom VI. Deutschen Bundestag am 2.9.1971 verabschiedeten Bundesausbildungsförderungsgesetzes Stellung genommen und ihre Vorschläge unterbreitet. Ein Großteil dieser Vorschläge wurde berücksichtigt, wenn auch wesentliche Forderungen unerfüllt blieben. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hatte daher bereits unmittelbar nach der Verabschiedung des Gesetzes angekündigt, daß sie aufgrund der Erfahrungen der Hochschulen mit der Durchführung dieses Gesetzes Novellierungsvorschläge vorlegen würde. Der VII. Deutsche Bundestag wird entscheiden müssen, ob es bei der Durchführung der Ausbildungsförderung für Studenten durch die Studentenwerke bleibt. Die Hochschulen sind der Auffassung, daß sich diese Regelung bewährt hat und bitten den VII. Deutschen Bundestag, die vorläufige Zuständigkeitsregelung in eine endgültige umzuwandeln. Neben dieser zentralen Frage gibt es eine Reihe von Änderungswünschen, auf die sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz und das Deutsche Studentenwerk in gemeinsamen Beratungen geeinigt haben. Die Vorschläge sind in einem Novellierungskatalog enthalten, den WRK und DSW am 11.10.1972 veröffentlicht haben (Zusammenfassung siehe Anlage).

Studentische Krankenversicherung

Die dringend notwendige Neuordnung der studentischen Krankenversorgung auf bundesgesetzlicher Grundlage ist über mehrere Legislaturperioden hin verschleppt worden. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz erwartet vom VII. Deutschen Bundestag eine Lösung dieses Problems und wiederholt die Prinzipien, die aus ihrer Sicht bei einer Neuordnung beachtet werden müssen:

Für alle Studenten muß eine gesetzliche Pflichtversicherung geschaffen werden.

- a) Für alle Studierenden müssen, unabhängig vom Wohn- oder Studienort die gleichen Leistungen gewährt werden und ein einheitlicher Beitragssatz gelten.
- b) Die Höhe der studentischen Beiträge darf sich so lange nicht am allgemeinen Lohn- und Gehaltsniveau orientieren, wie dies für die Förderungsleistung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz noch nicht verwirklicht ist. Im gegenwärtigen Zeitpunkt bedeutet dies, daß die Höhe der Beiträge in einer bestimmten prozentualen Orientierung am Förderungshöchstsatz nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erfolgen muß.
- c) Die Studenten müssen wie alle anderen gesetzlichen Versicherten eine Einflußmöglichkeit in den Selbstverwaltungskörperschaften der Kassen haben.
- d) Der Leistungskatalog ist so zu gestalten, daß der spezifischen Situation des Studenten Rechnung getragen wird.
- e) Jede gesetzliche Neuordnung muß das Prinzip der sozialen Besitzstandswahrung achten.
- f) Soweit die Beitragssätze unter Berücksichtigung von Ziff. b nicht mehr sozial angemessen sind, sind die Kosten durch unmittelbaren Zuschuß des Staates zu tragen.

Studentenwohnraumbau

Während der Legislaturperiode des VI. Deutschen Bundestages ist es in Ansätzen zu einer Verbesserung der Situation des Studentenwohnraumbaues dadurch gekommen, daß erstmalig bundeseinheitliche Richtlinien durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft erlassen wurden. So positiv dieser Ansatz auch bewertet werden muß, für eine Lösung auch nur der vordringlichsten Maßnahmen auf diesem Gebiet reicht er nicht aus. Die Hochschulen wiederholen daher ihre Forderung, daß die Planung des Studentenwohnraumbaues integrierter Bestandteil der Hochschulausbauplanung werden muß.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz würde es begrüßen, wenn es sehr bald zu gemeinsamen Beratungen mit den Fraktionen des VII. Deutschen Bundestages über diese Fragen kommen würde.

53 BONN, DEN 11.10.1972
MARIENSTRASSE 1
FERNRUF: (02221) 65 36 41

Forderungen zur Verbesserung des Ausbildungsförderungsgesetzes (BAföG)

Ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) liegen jetzt die ersten Erfahrungen mit diesem Gesetz vor.

Der Beirat des Deutschen Studentenwerkes, dem je 3 Vertreter der Westdeutschen Rektorenkonferenz und des Verbandes Deutscher Studentenschaften sowie 2 Vertreter der Mitglieder des Deutschen Studentenwerkes und mit beratender Stimme je 1 Vertreter des Bundes, der Länder und des Deutschen Städtetages angehören, hat sich mit den Erfahrungsberichten der einzelnen Hochschulen befaßt.

Er ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß das Gesetz

- einerseits die erstrebte Vereinheitlichung der Ausbildungsförderung eingeleitet und den geforderten Rechtsanspruch auf Förderung sowie materielle Verbesserungen gebracht hat, die aber zum Teil durch die gestiegenen Lebenshaltungskosten bereits wieder entfallen sind
- andererseits immer noch keine kostendeckenden Bedarfssätze enthält und sogar gegenüber der allgemeinen Studienförderung nach dem Honnefer- und Rhöndorfer Modell Verschlechterungen sowie eine Einschränkung der Mitbestimmung gebracht hat.

Das Deutsche Studentenwerk hält deshalb eine Novellierung des BAFÖG auf der Basis der als Anlage beigefügten Vorschläge mit Begründung für dringend erforderlich.

Insbesondere werden gefordert:

1. die Fortsetzung der familienunabhängigen Ausbildungsförderung bei Auszubildenden, die die Hochschulreife an einem Abendgymnasium oder Kolleg erlangt haben (§ 11 BAFÖG),
2. die Anhebung der schon bei Inkrafttreten des Gesetzes völlig unzureichenden Bedarfssätze für Schüler und Studenten um durchschnittlich 20 % (§§ 12,13 BAFÖG),
3. die Gleichstellung der Rentner mit den Pensionsempfängern bei der Ermittlung des Einkommens (§ 21 BAFÖG),
4. die Anerkennung außergewöhnlicher Belastungen, auch beim Auszubildenden (§§ 21,25 Abs. 6 BAFÖG),
5. eine den gestiegenen Lebenshaltungskosten angemessene Erhöhung der Freibeträge für die Eltern und den Ehegatten (§ 25 BAFÖG),
6. eine jährliche Überprüfung der Bedarfssätze und Freibeträge (§ 35 BAFÖG),
7. eine Bindung der Ämter für Ausbildungsförderung an die Stellungnahme der sachkundigeren Förderungsausschüsse (§ 43 BAFÖG),
8. die Sicherung des Entsendungsrechts der im Beirat vertretenen Personengruppen durch eine Neufassung der Beiratsverordnung,

9. die endgültige und nicht nur vorläufige Beauftragung der Hochschulen und Studentenwerke mit dem Gesetzesvollzug im tertiären Bildungsbereich (§ 45 BAFöG),
10. das Inkrafttreten der Ausbildungsförderung für die in § 8 Abs. 2 genannten ausländischen Arbeitnehmer.

Das Deutsche Studentenwerk erwartet, daß der nach den Neuwahlen zusammentretende Bundestag sowie die nächste Bundesregierung die erforderliche Gesetzesinitiative ergreifen.

15.

Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe

In der Diskussion werden gegen den vorliegenden Entwurf einer Stellungnahme zu der "Vereinbarung" der KMK einige kritische Einzelpunkte aufgeführt:

- die Frage nach der Ausbildung von Lehrern für das "gesellschaftliche Aufgabenfeld" und nach den Konsequenzen daraus für sozialwissenschaftlichen Studiengängen;
- die mit der Spezialisierung ggf. auf die Hochschulen zukommenden neuen pädagogischen Aufgaben.

Vor allem wird jedoch der Ansatzpunkt des Papiers infragegestellt, das die "Vereinbarung" der KMK nur aus der Perspektive einer Hinführung zum Hochschulstudium betrachte und insofern die Voraussetzung der "Vereinbarung", die darin die einzige Aufgabe der Sekundarstufe II sehe, akzeptiere. Demgegenüber seien in das Papier die entscheidenden Fragen der Umgestaltung des Schulwesens, des numerus clausus, des Verhältnisses von Hinführung zum Hochschulstudium und Berufsqualifikation in der Sekundarstufe II nicht berücksichtigt.

Der Entwurf wurde bei zahlreichen Enthaltungen mit 3:3 Stimmen abgelehnt. Die Plenarversammlung stimmt jedoch einem Rückkommensantrag des Präsidenten auf einer der nächsten Plenarversammlungen zu.

17.

Bestätigung von Mitgliedern der Ständigen Ausschüsse

hier: Ständiger Ausschuß Schule-Hochschule

Herr Professor Dr. Ruffmann, Universität Erlangen-Nürnberg, wird als Mitglied des Ständigen Ausschusses bestätigt.

18.

Wahl des Präsidenten

Es wird festgestellt, daß von den 59 stimmführenden Mitgliedern der WRK 56 anwesend sind, von denen - angesichts der sistierten Stimme Speyer - 55 stimmberechtigt sind.

Nach Erinnerung an die bekanntgemachten Kandidaturen durch den Vizepräsidenten erfolgt die Wahl für die Amtszeit v. 1.8.1973-31.7.1974, bei der

Professor Dr. Roellecke 32
Professor Dr. Schneider 22

Stimmen erhält (1 Enthaltung).

Professor Dr. Roellecke nimmt die Wahl an.

19.

Ständige Konferenz der Rektoren und Präsidenten der Staatlichen
Fachhochschulen der Länder in der BRD (künftig: FRK)

hier: Einladung von 2 Vertretern der FRK zu den Plenarversammlungen
der WRK auf Gegenseitigkeit

Die Plenarversammlung billigt - unter Voraussetzung von Gegenseitigkeit - die
gastweise Teilnahme von je 2 Vertretern der FRK an den Plenarversammlungen.

Roellecke
(Roellecke)